

Stand: 09.02.2021 15:08:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/8965

"Deutsche EU-Ratspräsidentschaft - Chancen nutzen, Green Deal verhindern!"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 18/8965 vom 07.07.2020
2. Plenarprotokoll Nr. 53 vom 09.07.2020
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/10688 des WI vom 06.10.2020
4. Beschluss des Plenums 18/11482 vom 24.11.2020
5. Plenarprotokoll Nr. 61 vom 24.11.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Chancen nutzen, Green Deal verhindern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die einmalige Chance bietet, zukunftsweisende und werterhaltende Akzente in Brüssel zu setzen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die Chance der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen und sich auf allen Ebenen für den Stopp des „Green Deals“ einzusetzen. Insbesondere die wirtschafts- und verbraucherfeindlichen Kostentreiber müssen bekämpft und abgebaut werden. Weiterhin darf kein Steuergeld für die Subventionierung wirtschaftlich nicht tragfähiger Technologien verwendet werden, für die es in der Realwirtschaft keinen Bedarf gibt. Statt einer weiteren Verschlechterung der Standortbedingungen wird die Rückverlagerung der Kompetenzen auf nationalstaatliche Ebene zur Förderung eines marktwirtschaftlichen Denkens angestrebt.

Begründung:

Die Förderung und Stärkung der bayerischen Wirtschaft sowie der Wohlstand der Bürger müssen ein vorrangiges Interesse des Staatshandelns sein. Nur die Sicherung von Arbeitsplätzen und Innovationskraft schafft eine lebenswerte und ökologisch werterhaltende Zukunft für die bayerischen Bürger. Eine weitere Zentralisierung sowie Ausweitung von umweltpolitischen Richtlinien und Maßnahmen wird entschieden abgelehnt. Dem populistischen Klimadogmatismus ist zugunsten eines konstruktiven Umweltschutzes Einhalt zu gebieten!

Gerade in Zeiten einer sich anbahnenden beispiellosen Wirtschaftsdepression, die mit durch die Corona-Krise eingeleitet wurde, stellt ideologischer Klimaschutz eine unzumutbare zusätzliche Belastung für die heimische Wirtschaft dar. Besonders problematisch ist hierbei, dass die Krise durch eine seit Jahren fehlgeleitete EU-Politik in ihren Folgen noch viel schärfer zu Tage tritt, als das mit einer von der Politik flankierten robusten Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik der Fall gewesen wäre.

Um diesen drastischen Einbrüchen spürbar entgegenzuwirken, die Wirtschaft zu stabilisieren und langfristig wieder auf Wachstumskurs zu bringen sowie Arbeitsplätze zu sichern, ist ein grundsätzliches Umdenken notwendig. Eine Transformation der gesamten Wirtschaft ist utopisch und derzeit technisch nicht möglich. Die Maßnahmen, die hierzu eingeleitet wurden, verzerren den Wettbewerb zum Nachteil der heimischen Wirtschaft und Umwelt massiv.

Die von der EU im Green Deal festgehaltenen „Klimaschutzmaßnahmen“ bilden in Verbindung mit den Corona-Beschränkungen eine nicht hinnehmbare Belastung für die heimischen Wertschöpfungsketten. Ein gesunder Föderalismus bildet die einzige Grundlage für lokales und nachhaltiges Handeln im nationalstaatlichen Interesse. Entscheidungskompetenzen müssen daher wieder auf nationale Ebene transferiert werden, damit die von der Corona-Krise betroffenen Mitgliedstaaten eigene, von der EU unabhängige, Entscheidungen zur Stärkung ihrer Wirtschaftskraft treffen können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/8964 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die FDP. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/9007 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die übrigen Fraktionen sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Enthaltung des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion sowie der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/9008 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – AfD-Fraktion sowie beide fraktionslose Abgeordnete. Stimmenthaltungen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/8965 und 18/8966 werden in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich bedanke mich für die bislang konzentrierten Beratungen. Wir machen nun Mittagspause und treffen uns um 14 Uhr wieder hier. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 13:34 bis 14:02 Uhr)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Sitzung nach der Mittagspause wieder auf.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 27** auf:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisches Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige
Asylsuchende auf Lesbos (Drs. 18/6518)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Verteilung der Redezeit ist bekannt. Als erster Rednerin erteile ich der Kollegin Gülseren Demirel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Situation in den überfüllten Flüchtlingslagern auf Lesbos wie beispielsweise Moria ist katastrophal. Ich war Ende November 2019 vor Ort und habe mir selber ein Bild von den Zuständen in den Flüchtlingslagern auf Lesbos gemacht. Es waren erschreckende Bilder. Ich habe erschreckende Bilder gesehen, weil der EU-Hotspot Moria zwar auf 2.500 Personen ausgerichtet ist, sich aktuell aber 17.000 Flüchtlinge dort aufhalten. Erschreckend war, dass die Flüchtlinge dort weder Decken und Zelte noch Verpflegung, geschweige denn hauptamtliches Betreuungspersonal oder medizinische Versorgung erhalten. Ich habe Kinder, die leukämiekrank sind oder Diabetes haben, gesehen. Sie bekommen aber keine medizinische Behandlung. Daher müssen wir ganz klar handeln. Griechenland ist mit der Unterbringung, der



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,
Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 18/8965

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft - Chancen nutzen, Green Deal verhindern!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Gerd Mannes**
Mitberichterstatter: **Alexander König**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 28. Sitzung am 24. September 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/8965, 18/10688

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Chancen nutzen, Green Deal verhindern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martin Böhm

Abg. Alexander König

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Florian Siekmann

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Sebastian Körber

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft - Chancen nutzen, Green Deal verhindern!
(Drs. 18/8965)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einerseits ist es ärgerlich, wenn ein Antrag fast fünf Monate braucht, bis er debattiert wird. Andererseits ist es heute umso offensichtlicher, dass in der ausklingenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft wenig und im Blick auf unser nationalstaatliches Interesse fast gar nichts erreicht wurde. Aber die Ratspräsidentschaft zu missbrauchen, um mit geiferndem Eifer aufrechte Staaten wie Polen und Ungarn per Rechtsstaatlichkeitsklausel zu sanktionieren, das einzurühren, dazu ist man sich nicht zu schade.

Die Erwartungen an die Präsidentschaft sind unter der Ägide großer Mitgliedstaaten besonders groß; denn gerade sie können während ihres Vorsitzes leichter Mehrheiten für oder eben gegen eine Reform organisieren. Deutschland hat alle Erwartungen besonders enttäuscht. Den Green Deal zu stoppen, ihn zumindest kompatibel mit den Zielen der deutschen Wirtschaft zu gestalten, war ein zu großer Schuh für Merkel. Aber wollte Berlin das überhaupt? Hat Bayern sich auch nur ansatzweise dafür eingesetzt, Besteck aus dem Folterkasten des Green Deal zu nehmen? – Nein. Bestes Bei-

spiel sind die hier schon debattierten Instrumente der Sustainable Finance: Null Gegenrede beim Wechsel von klassischer Renditeerwartung hin zu grün lackierter Gesinnungsrendite.

(Beifall bei der AfD)

Die neue Taxonomie wird weder der Altersversorgung unserer Bürger nützen, noch die Fremdkapitalausstattung unserer Unternehmen stärken. Unsere soliden Bewertungs- und Bilanzierungsvorschriften diesem grünen Abwärtsstrudel zu entreißen – selbst dafür sind die Eliten sich zu schade. Auf der anderen Seite erfährt aber der massive Bruch der AEU-Verträge durch die von Merkel und Macron betriebene Einführung gemeinschaftlicher Schulden breiteste Zustimmung. Im Rückblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft wird später einzig der Kick-off zur Schuldenunion als Abgesang auf unsere Finanzmarktstabilität übrig bleiben.

Das deutsche Ziel hätte die Rückverlagerung von Kompetenzen hin zum Nationalstaat sein müssen. Unser Streben hätte der Förderung des marktwirtschaftlichen Denkens dienen können, unser Anspruch hätte die Verhinderung von Subventionen nicht tragfähiger Technologien sein sollen. Das Gegenteil ist die Realität.

Die heimische Wirtschaft wird weiter auf dem Altar der EU-Gläubigkeit geopfert, und mit unserem Steuergeld wird um das Wohlwollen der Rotweinstaaten geworben. Dabei ist die sogenannte Klimarettung nur das Kostüm. Im Kern geht es darum, einen zentralistischen Superstaat zu erschaffen, der durch ständigen Transfer – und nichts anderes ist dieser Green Deal – für alle Länder Vorteile bringt. Für alle Länder? – Nein, für all die Länder, die keine Nettobeitragszahler sind.

(Beifall bei der AfD)

Nutzen wir den verbleibenden Monat der Ratspräsidentschaft, um dem Wahnsinn die Methodik zu entziehen. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Alexander König. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Richtig ist, dass es Monate gedauert hat, bis der Antrag zum Aufruf kommt, aber richtig ist auch, Herr Kollege Böhm, dass Sie Monate Zeit hatten zu erkennen, was es für ein Unsinn ist, heute, am 24. November 2020, diesen Antrag hier zu behandeln. Man könnte es wirklich als aberwitzig ansehen, am 24. November, also kurz vor dem Ende der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands, hier den Antrag zu stellen, die Staatsregierung möge darauf hinwirken, dass die Bundesregierung den Ausstieg aus dem Green Deal herbeiführt.

Aber darum geht es Ihnen nicht. Es geht Ihnen darum, ganz offensichtlich auch in diesem Fall, wie auch in vielen anderen Fällen, Ihre Fundamentalopposition zu zeigen und hier für ein Publikum an einem anderen Ort zu sprechen. Das ist das, was Sie machen.

Das ist eine destruktive Politik. Uns geht es um etwas anderes, uns geht es um eine konstruktive Politik, und wir haben erkannt, dass der Green Deal ein Weg ist, den wir begleiten wollen, um die Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 zumindest innerhalb der Europäischen Union zu erreichen. Das halten wir für ein erstrebenswertes Ziel. Ob das gelingen wird, wissen wir nicht. Aber wir müssen uns miteinander auf den Weg machen, und deshalb unterstützt auch die CSU den Green Deal.

Wir wissen wohl, dass mit allem, und auch mit einem Green Deal, nicht nur Chancen, sondern auch Risiken einhergehen. Hier wäre es auch Ihre Aufgabe, mit darauf zu schauen, dass die Chancen genutzt und die Risiken minimiert werden. Wir wissen, dass die vielen einzelnen Ausgestaltungen auf europäischer Ebene zum Green Deal bisher fast nur in Überschriften vorhanden sind, dass die Ausgestaltung erst noch erfolgen muss. Umso mehr sind wir doch aufgerufen, konstruktiv, Kolleginnen und Kolle-

gen, daran mitzuwirken, darauf zu achten, dass marktwirtschaftlich vorgegangen wird, darauf zu achten, dass nicht von oben nach unten per Dekret versucht wird, etwas herbeizuführen, was man vernünftigerweise nur auf einem marktwirtschaftlichen Weg erreichen kann.

Wir stehen zu dem Ziel, wir wollen das Ziel konstruktiv verfolgen. Wir werden die Interessen der bayerischen Wirtschaft und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Bayern bestmöglich in diesem Prozess vertreten. Das geht aber nur dadurch, dass man sich einbringt und sich nicht nur hier herstellt und Fundamentalopposition betreibt, so wie es die AfD macht. Deshalb lehnen wir den Antrag heute hier wieder ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Florian Siekmann.

(Zuruf: Die war angemeldet!)

– Herr Abgeordneter König, ich muss Sie bitten, noch einmal nach vorne zu kommen. Es liegt der Antrag auf eine Zwischenbemerkung vor. – Ich habe Ihre Zwischenbemerkung nicht optisch auf dem Bildschirm.

Alexander König (CSU): Kein Problem, wir sind gut in der Zeit.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Dr. Hahn, ich erteile Ihnen das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Es ist so, dass Sie gesagt haben, das wäre eigentlich mit einem Handstreich abzutun. Da wir diese Anträge jetzt zum Teil seit fünf Monaten auf der Tagesordnung haben, sie aber nicht behandelt werden können, möchte ich doch einmal fragen, ob das denn eine Lappalie ist angesichts der Tatsache, dass wir hier manchmal innerhalb von zwei Tagen ein Plenum durch Ihren Ministerpräsidenten an-

gekündigt bekommen und dann alle erscheinen müssen, während wir auf die Beratung einiger Anträge fünf Monate warten müssen. Ist das normal?

Die zweite und letzte Frage ist: Sprechen Sie denn nicht für die Bürger? – Wir sprechen hier in diesem Plenum auch für die Bürger, besonders dann, wenn keine Gäste mehr zugelassen sind und wenn die Anzahl der Abgeordneten stetig reduziert wird.

Alexander König (CSU): Herr Kollege, Ihr Antrag ist bereits im Haus in Ausschüssen beraten worden. Es hätte Ihnen eigentlich das reichen müssen, was Ihnen von den Fraktionen dort bereits dazu gesagt wurde.

Was den parlamentarischen Betrieb hier angeht: Sie stellen sich doch immer hier vorne hin und tun so, als wären Sie der oberste Vertreter der Demokratie. Dann nehmen Sie es doch bitte hin, dass hier in den demokratischen Gremien dieses Parlaments darüber befunden wird, wann welche Sitzungen sind, wie die Sitzungsabläufe sind usw.

Wenn Sie nicht so viele unsinnige Anträge hochziehen würden, dann wäre auch dieser Antrag wahrscheinlich schon längst behandelt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist nun aber für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Florian Siekmann. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion trieft vor kruden Behauptungen und Thesen, die ich so nicht stehen lassen kann.

Erste Behauptung: Die EU und der Green Deal würden zu einer Verschlechterung der Standortbedingungen in Bayern führen. – Genau das Gegenteil ist doch der Fall. Schauen wir uns doch den Binnenmarkt an. Einheitliche Standards für Umwelt und

Verbraucherschutz, das nützt nicht nur den Menschen und der Umwelt, sondern auch den Unternehmen, weil sie in 27 Staaten gleiche Rahmenbedingungen für ihre Produktion und für ihren Verkauf vorfinden.

Handel ohne Hürden und Grenzen. – 60 % des bayerischen Exports gehen in den Binnenmarkt. Ohne den Binnenmarkt und ohne die Europäische Union wäre unsere Wirtschaftskraft überhaupt nicht vorstellbar. Die EU hat die Freizügigkeit gebracht und damit die Möglichkeit, dass Fachkräfte dort, wo sie am ehesten gebraucht werden, auch eingesetzt werden können.

Auch die Bayerische Industrie- und Handelskammer kommt bei ganz nüchterner Betrachtung der Zahlen zu dem Urteil, dass allein durch das Absenken der Handelsbarrieren 4 % zusätzlich zum Pro-Kopf-Einkommen der Menschen in Bayern dazugekommen sind. Das sind 25 Milliarden Euro jährlich, die die Menschen in Bayern zusätzlich in der Tasche haben und die Sie ihnen wieder wegnehmen, wenn Sie mir Ihrer Kleinstatei so weitermachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt zum Green Deal selber. Was ist der Green Deal? – Der Green Deal ist ein Fitnessprogramm für die Wirtschaft in Europa, so habe ich das in einer der vergangenen Sitzungen schon einmal bezeichnet. Meiner Meinung nach ist das genau das Richtige, um nach dem Überwinden der Pandemie aufzubrechen.

Es ist ein Fitnessprogramm mit ambitionierten Zielen für Klimaschutz, für Artenvielfalt und für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen, aber eben auch begleitet durch Investitionen von bis zu einer Billion Euro in Kreislaufwirtschaft, in Energieeffizienz und zukunftsorientierte Technologien.

Das bringt mich gleich zur zweiten Behauptung: Der Green Deal würde Subventionen in nicht tragfähige Technologien stecken. Soll ich Ihnen sagen, was Subventionen in nicht tragfähige Technologien sind? – Das sind die Milliarden, die in Kohle und in

Atomkraft geflossen sind. Von 1970 bis heute sind 337 Milliarden Euro in Steinkohle, 100 Milliarden Euro in Braunkohle, 237 Milliarden Euro in Atomkraft gegangen. Zusammen sind das sagenhafte 674 Milliarden Euro. Würden Sie, Kolleginnen und Kollegen von der AfD, Ihrer eigenen Logik folgen, hätten Sie längst den Ausstieg aus diesen rückwärtsgewandten Technologien fordern müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wofür 674 Milliarden Euro? – Für die Zerstörung von Landschaften, für die Freisetzung von Luftschadstoffen, für das Anheizen der Klimakrise und dafür, dass meiner und Tausenden folgender Generationen Tonnen von strahlendem Abfall hinterlassen worden sind.

Die Antwort auf all diese Probleme lautet: erneuerbare Energien, ihr flächendeckender Ausbau und ihr Einsatz in allen Sektoren.

Das bringt mich zur dritten Behauptung, dass die Transformation der Wirtschaft insgesamt utopisch sei. –Waren Sie einmal draußen, außerhalb Ihrer Echokammern unterwegs? Haben Sie mit den Unternehmen in Bayern einmal gesprochen und geschaut, was sie machen? – Sie transformieren sich. Sie investieren in Energieeffizienz. Sie erarbeiten klimafreundliche Alternativen und umweltfreundliche Produkte. Und warum machen sie das? – Weil es sich schlicht und ergreifend rechnet.

Das gilt im Übrigen auch für die Automobilindustrie. Der Verbrennungsmotor hat ein Ablaufdatum – noch nicht in Deutschland, aber in vielen anderen wichtigen Absatzmärkten auf der Welt. Von Indien über Frankreich bis Kanada haben Staaten festgelegt, wann der Verbrennungsmotor bei ihnen nicht mehr auf den Markt kommt.

Bei diesem Transformationsprozess geht es darum, die Industrie und die Wirtschaft in Bayern zu unterstützen und gute Rahmenbedingungen zu schaffen, und genau dafür ist der Green Deal da.

Um auf weitere krude Behauptungen in Ihrem Antrag einzugehen, fehlt mir die Zeit und vielen Kolleginnen und Kollegen, denke ich, zu dieser Stunde auch die Geduld. Wer wie Sie die menschengemachte Klimakrise und Corona leugnet, ignoriert die wahren Probleme der Menschen in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Tobias Gotthardt. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Böhm, der Green Deal ist kein Teufelszeug; ich habe Ihnen das vor vier Monaten im Ausschuss schon einmal gesagt. Er ist, das ist keine Frage, auch keine eierlegende Wollmilchsau. Wir dürfen diesen Green Deal aber weder schwarzmalen noch mit einer rosa Brille betrachten, sondern müssen sehr realistisch herangehen und die Chancen sehen, die in diesem Green Deal stecken.

Sie haben im Titel Ihres Antrags "Chancen nutzen" geschrieben. Ja, es gilt, Chancen zu nutzen. Deswegen können wir diesen Green Deal auch nicht ablehnen. Bayern ist ein Technologiestandort. Wir haben die Nase in vielen Bereichen vorn, und das haben wir auch dann, wenn wir den Green Deal annehmen und sagen: Ja, wir wollen etwas von den 1.000 Milliarden Euro, die in den nächsten Jahren in diesen Bereich fließen sollen. Wir wollen ein Stück vom Kuchen dieser 25 Millionen Arbeitsplätze, die durch den Green Deal entstehen sollen, und sie in Bayern ansiedeln. Wir müssen die Chance nutzen und zu einem Green Deal, der Technologie, aber auch Innovationen in Bayern fördert Ja sagen.

Wir tun das auch; wir haben die Nase vorn. Wenn ich allein den Bereich der Wasserstofftechnologie nehme: Bayern ist in diesem Bereich mit federführend, und deswegen haben wir die Chance, ein großes Stück vom Kuchen des Green Deal zu bekommen.

Wenn Sie sich an der Zukunft Bayerns versündigen, dann tun Sie das, indem Sie zum Green Deal Nein sagen.

Wir müssen den Green Deal differenziert betrachten; da stimme ich Ihnen zu. Auch die Taxonomie sehe ich sehr kritisch. Aber beteiligen wir uns doch bitte schön jetzt an dem seit gestern von der Kommission bis Mitte Dezember freigeschalteten Konzessionsverfahren und sagen, was von diesem Green Deal wir nicht wollen, was daran nicht passt und was wir korrigiert haben wollen. Das wäre eine konstruktive Politik, anstatt einfach immer nur zu sagen, was die EU bringt sei schlecht; denn das stimmt einfach nicht!

Es stehen unglaublich viel Geld und Innovationen dahinter, und das ist eine große Chance für Bayern, die wir nutzen sollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die Fraktion der SPD der Vizepräsident Markus Rinderspacher. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit jedem Jahr steigt die Temperatur der Atmosphäre, und mit jedem Jahr verändert sich das Klima. Eine Million der acht Millionen Arten auf unserem Planeten droht zu verschwinden. Wälder und Ozeane werden verschmutzt und zerstört. Das ist in Anlehnung an Papst Franziskus das Ergebnis einer Wirtschaft, die tötet. Es ist ein Kapitalismus, der gegenüber künftigen Generationen, aber auch schon heute gegenüber den Ärmern in unserer Gesellschaft und unserer Umwelt rücksichtslos ist.

Das vielerorten nahezu schrankenlose und uneingeschränkte Primat des Profits ist zerstörerisch. "Profit zuerst" ist die Überschrift einer fehlerbehafteten politischen Epoche, in der natürliche Ressourcen ebenso wie die menschliche Arbeitskraft rücksichts-

los ausgebeutet werden. Das ist das Zeitalter von Neoliberalismus, Deregulierung und unkritischer Marktgläubigkeit, und dieses Zeitalter muss ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD)

Der Planet braucht eine Umkehr. Wenn sich die vorherrschende Situation fortsetzt, werden sich die Bedingungen der Ungleichheit und der Armut in der Welt ebenso vertiefen, wie sich der Klimawandel unaufhaltsam fortentwickeln wird. Wir brauchen deshalb neue menschen- und umweltfreundliche Wirtschaftsmodelle, die von einer nachhaltigen Entwicklung und Wertschöpfung, von sozialer Gerechtigkeit, von Demokratie und von Menschenrechten getragen werden. Wirtschaftlicher Fortschritt und ökologische Verantwortung dürfen keine Gegensätze sein oder gar gegeneinander ausgespielt werden. Daher begrüßen wir einen sozialen Green Deal.

Wir brauchen Investitionen in klimafreundlichere Infrastrukturen und eine angemessene CO₂-Bepreisung. Denn nachhaltige Investitionen schonen nicht nur das Klima und fördern die Artenvielfalt, sondern ein sozialer Green Deal macht unsere Volkswirtschaften stärker und unsere Industrien effizienter und zukunftsfester. Man denke an nachhaltige Investitionen in zukunftssichere Energien, in umweltverträgliche Verkehrssysteme, in die Modernisierung unserer Industrie und in die Modernisierung unserer Kommunen sowie Investitionen in faire und gesunde Lebensmittel.

Wir bedauern, dass die bisherigen Beschlüsse zur EU-Agrarreform nicht den notwendigen Beitrag zum Green Deal leisten. Der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtausstoß der Treibhausgase liegt in Deutschland und Europa bei über 10 %, und der angekündigte Systemwechsel in diesem Bereich ist leider völlig ausgeblieben. Wir sehen hier einen dringenden Nachbesserungsbedarf.

Es geht um Klimaschutz, Innovation und Beschäftigung. Die Post-Corona-Welt hat die Chance, eine andere zu sein als die bisherige Welt. Sie hat die Chance, sozialer, gemeinwohlorientierter, innovativer und nachhaltiger zu sein. Nutzen wir diese Chance mit dem sozialen Green Deal, damit sich unser Kontinent grundlegend modernisiert.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Sebastian Körber. Herr Kollege Körber, Sie haben das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Böhm, vorweg: Sie sprachen von Rotweinstaaten. Ich habe gerade versucht, das im Internet zu recherchieren, denn es hat sich mir noch nicht erschlossen, was Sie damit meinen. Ihre Partei scheint den Begriff häufiger für geografisch in bestimmter Weise angeordnete Länder zu verwenden, die offenkundig Rotwein produzieren. Ich weiß nicht, ob ich jetzt Nachhilfe in Geografie oder in Önologie geben muss: Auch in Deutschland werden hervorragende Rotweine produziert, zum Beispiel in Unterfranken. Ich weiß daher nicht, was Sie damit meinen, aber das nur am Rande.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte, ähnlich wie der Kollege Siekmann, den einen oder anderen inhaltlichen Aspekt Ihres Antrags beleuchten. Grundsätzlich stehen wir dem Green Deal noch neutral gegenüber. Ich weiß auch nicht, wo Sie Ihre Glaskugel herhaben. Ich kenne die Details nicht, aber vielleicht haben Sie sie schon irgendwelchen Theorien entnommen oder sie irgendwo gelesen, gesehen gehört; das weiß ich nicht.

Primär kommt es jetzt erst einmal darauf an, wie man das Ganze ausgestaltet, und diesbezüglich gibt es außer großen Ankündigungen auch bei der EU-Kommission noch keine Details. Deswegen ist da der Inhalt einfach zu wenig.

Positiv finden wir bei dieser ganzen Angelegenheit allerdings, dass es Ausweitungen des Emissionshandels geben soll, welcher perspektivisch gerade die Sektoren der Gebäude und des Verkehrs einschließen soll. Das ist sicherlich positiv. Sie sprechen hingegen von einem Kostentreiber für die Preise von konventionellen Energien. Mir erschließt sich nicht, dass diese Preise steigen; das ist für mich in sich unlogisch.

Sie wollen diese Kostentreiber bekämpfen, und weil Sie auch von Marktwirtschaft gesprochen haben – das machen Sie immer gerne –: Das ist doch eine marktwirtschaftliche Ausgestaltung, und das könnten Sie doch eigentlich positiv finden. Ich verstehe daher nicht, wie Sie zu diesem Ergebnis kommen.

Auch wir wollen nicht, dass erneuerbare Energien mit Steuergeldern weiter gefördert werden. Hier können wir aber noch um die besten Lösungen streiten. Wir bestreiten auf jeden Fall nicht, dass in der Realwirtschaft ein Bedarf an solchen Techniken, auch an Energieeffizienz, besteht. Wir sind schon aufgrund des Völkerrechts an das Pariser Klimaabkommen gebunden. Wir stehen dabei auch in der Verantwortung für unsere Wirtschaft. Schon allein aus dieser europäischen Perspektive heraus können wir diesem Antrag nicht zustimmen. Es ist wie immer, wenn Sie ein Thema bringen: Es gerät zu einem nationalstaatlichen Kleinklein. Wir als Liberale wollen eine gemeinschaftliche, eine europäische Lösung. Das halten wir für sinnvoll. Deshalb können wir den Antrag, den Sie hier vorgelegt haben, wie immer nur ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann ist die Aussprache hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD, der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.